KREIS SAARLOUIS
GEMARKUNG BÜREN
FLUR 2
MASSTAB 1 : 500
Baulinie

FELDSTR.
SCHULSTR.
ZUM HORST
AM KOHLWALD
A1
A2 "In Krumbirnhuf"
A3 "Waldstrasse" Aenderung
"Im Hang"
Bebauungsplan „Krumbirnhuf"
Bebauungsplan „Rübenhuf 2. Bauabschn."
Bebauungsplan „Rübenhuf"
Grenze der Ortslage
Anschluss an den Ortsteil
Straßenaufbruch
Straßenaufbruch Teilweise GFZ 0,5 GFZ 0,7
Garagen
Vorgarten
Hausgarten
Grünanlage
Zufahrt Grundstück
Ende Ausbau

Bebauungsplan (Satzung)

„Krumbirnhuf 2. Bauabschn."

der Gemeinde

Siersburg

Aufstellung des Bebauungsplanes im Sinne des § 30 Bundesbaugesetz (BBauG) vom 23. Juni 1960 gemäss § 2 Abs. 1 dieses Gesetzes wurde in der Sitzung des Gemeinderates vom 5.12.1970 beschlossen, die Auslegebekanntmachung erfolgte auf Antrag der Gemeinde Siersburg durch den Landrat - Kreisbauamt - Planungsstelle.

Festsetzungen gemäss § 9 Absatz 1 und 4 des Bundesbaugesetzes

1. Geltungsbereich	Siehe Zeichnung
2. Art der baulichen Nutzung	
2.1. Baugebiet	Reines Wohngebiet
2.1.1 zulässige Anlagen	Wohngebäude
2.1.2. ausnahmsweise zulässige Anlagen	s. § 3 (3) Abs. 2 Nr. 2 BauNVO
2.2. Baugebiet	Entfällt
2.2.1. zulässige Anlagen	Entfällt
2.2.2. ausnahmsweise zulässige Anlagen	Entfällt
3. Maß der baulichen Nutzung	
3.1. Zahl der Vollgeschosse	Siehe Zeichnung
3.2. Grundflächenzahl	Siehe Zeichnung
3.3. Geschossflächenzahl	Siehe Zeichnung
3.4. Baumassenzahl	Entfällt
4. Bauweise	Entfällt
5. Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen	offene Einzelhäuser Siehe Zeichnung
6. Stellung der baulichen Anlagen	Siehe Zeichnung
7. Mindestgröße der Baugrundstücke	ca 650 m²
8. Höhenlage der baulichen Anlagen	Nachweis über Einweisung
9. Flächen für Stellplätze und Garagen sowie ihren Einfahrten auf den Baugrundstücken	Siehe Zeichnung, innerhalb der überbaubaren Grundstücke oder in Verbindung mit den Nachbarn zu errichten werden
10. Flächen für nicht überdeckte Stellplätze sowie ihre Einfahrten auf der Baugrundfläche	Entfällt
11. Baugrundstücke für den Gemeinbedarf	Entfällt
12. Überwiegend für die Bebauung mit Familienheimen vorgesehene Flächen	Gesamter Geltungsbereich
13. Baugrundstücke für besondere sonstige Anlagen, die durch ihre Zweckbestimmung Bewohner hierfür und ihren Lärm durch zwingende städtebauliche Gründe, insbesondere solche des Verkehrs, bestimmt ist	Entfällt
14. Grundstücke, die von der Bebauung freizuhalten sind und ihre Nutzung	Entfällt
15. Verkehrsflächen	Siehe Zeichnung
16. Abhängigkeit der anbaufähigen Verkehrsflächen sowie der Anschluss der Grundstücke an die Verkehrsflächen	Nach örtlichem Plan
17. Versorgungsleitungen	Entfällt
18. Führung oberirdischer Versorgungsanlagen und -leitungen	Entfällt
19. Flächen für die Verwertung oder Beseitigung von Abwasser und Abfallstoffen	Entfällt
20. Grünflächen, wie Parkanlagen, Dauerkleingärten, Sport-, Spiel-, Zelt- und Badeplätze, Friedhöfe	Siehe Zeichnung
21. Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Steinen, Erden und anderen Bodenstoffen	Entfällt
22. Flächen für die Landwirtschaft und für die Forstwirtschaft	Entfällt
23. Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zugunsten der Allgemeinheit, eines Erschließungsträgers oder eines beschränkten Personenkreises zu belastende Flächen	Entfällt
24. Flächen für gemeinschaftsstellplätze und Gemeinschaftsgaragen	Entfällt
25. Flächen für Gemeinschaftsanlagen, wie für Wohngebäude oder Betriebsgebäuden insgesamt oder einzelnen Grundstücken, ohne Bereitstellung Gründen der Allgemeinheit oder Benachbarten erforderlich sind	Entfällt
26. Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern	Der vorgelegten Planung zu entnehmen
27. Bindungen für Bepflanzungen und die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und Gewässern	Entfällt

§ Aufnahme von

Festsetzungen gemäss § 9 Absatz 4 des Bundesbaugesetzes (BBauG) vom 23. Juni 1960 in Verbindung mit § 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (BGBl. I S. 635)

Entfällt

*§ 3 Ausnahmsweise können Läden u. nicht störende Handwerksbetriebe, die zur Deckung des täglichen Bedarfs für die Bewohner des Gebietes dienen, zugelassen werden.

Festsetzung über den Bau

Aufgrund des § 9 Abs. 6 BBauG wird die Bebauung mit folgenden Auflagen versehen:

1. Flächen, bei denen [illegible] lich sind	
2. Flächen, bei denen [illegible] Katastrophen erfor[illegible]	
3. Flächen, unter denen [illegible]	
4. Flächen, die für den [illegible]	

Nähere [illegible]

Vorsichtige Übernahme von Festsetzungen gemäss § 9 Abs. 4 BBauG

Siehe unten ! F

Aufnahme von

und die Erhaltung von Bau- und Kunstdenkmälern auf Grund des § 9 Abs. 2 BBauG in Verbindung mit § 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (BGBl. I S. 635)

Entfällt

Kennzeichnung von Flächen gem. § [illegible] Abs. 3 BBauG

	Gesamter Geltungsbereich siehe unten ! F
1. Flächen, bei denen [illegible] sind	
2. Flächen, bei denen besondere bauliche Vorkehrungen gegen Katastrophen erforderlich sind	
3. Flächen, unter denen der Bergbau umgeht	
4. Flächen, die für den Abbau von Mineralien bestimmt sind	

Flächen-Gliederungen

- Baugebiet
- bestehende Gebäude
- alte Gebäude
- bestehende Strassen
- alte Strassen
- bestehende Grundstücksgrenzen
- alte Grundstücksgrenzen
- Baulinie
- Baugrenze
- Bauweise
- Firstrichtung
- Dachneigung
- Zufahrt
- Hauptgebäude (II als Höchstgrenze)
- GRZ Grundflächenzahl
- GFZ Geschoßflächenzahl
- WR reines Wohngebiet
- WA allgemeines Wohngebiet

Vorgarten
Überbaubare Grundstücksflächen
nicht überbaubare Grundstücksflächen
Straßenbegrenzungslinie
Spielplatz
Baustellennummer für Einzelhäuser
Zufahrt nur für eine Nachbarschaft
Haustyp
traufseitig gebaut
Trafostation
Wasserentnahmestelle

Der Bebauungsplan hat gemäss § 2 Abs. 6 BBauG ausgelegen von 3.8.1971 bis zum 4.9.1971

Der Bebauungsplan wurde gemäss § 10 BBauG als Satzung vom Gemeinderat am 15.9.1971 beschlossen.

Siersburg, den 15.9.1971
Der Bürgermeister

Der Bebauungsplan wird gemäss § 11 BBauG genehmigt.

Saarbrücken, den 20. Dezember 1971
SAARLAND
Der Minister des Innern
– Oberste Landesplanungsbehörde –
Az.: 7.444.6.71
Ref.: Jo
Diplom-Ingenieur

Die öffentliche Auslegung ist gemäss § 12 BBauG wurde am 10. Nov. 1971 ortsüblich bekanntgemacht.

Siersburg, den 10. Nov. 1971
Der Bürgermeister

F Auflagen des Wasserwirtschaftsamtes

Da das neue Baugebiet im Einzugsbereich einer Trinkwassergewinnungsanlage liegt und bei Festsetzung eines Schutzgebietes voraussichtlich auch in die „Weitere Schutzzone" (Zone III) dieser Gewinnungsanlage fallen wird, müßte eine [illegible]